

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 22/09

Leipzig, den 23. November 2009

### **Es ist Zeit zu handeln! GEW Sachsen unterstützt Studierendenprotest**

Am 24. November tagt in Leipzig die Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Die Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS) hat aus diesem Anlass gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) zu einer Demonstration aufgerufen. Die sächsischen Studierenden reißen sich damit ein in vielfältige Aktionen von Studierenden und Schüler/innen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik und anderer Länder für eine qualitativ bessere, gebührenfreie und öffentlich finanzierte Bildung.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt ausdrücklich die Forderungen im Rahmen des Bildungstreiks und den Aufruf für die Demonstration in Leipzig. Die Landesvorsitzende der GEW Sachsen, **Dr. Sabine Gerold**, stellt hierzu fest:

*"Nachdem von vielen Seiten – sowohl der Politik auf Bundes- (BMBF) und Landesebene (KMK), als auch von Hochschulen u.v.a. - anerkannt worden ist, dass Veränderungen an den Hochschulen dringend notwendig sind, muss endlich gehandelt werden, anstatt nur auf eigene Nichtzuständigkeit zu verweisen. Die Hochschulen, deren Interessenvertreterin zu sein die HRK für sich in Anspruch nimmt, sind hier wesentlich mit gefordert - z. B. bei der Gestaltung der Studiengänge und –bedingungen. Sie fordern aber zu Recht auch von der Politik die dafür notwendigen Rahmenbedingungen ein."*

Die GEW Sachsen unterstützt die im offenen Brief der Rektoren der vier sächsischen Universitäten an die Staatsregierung erhobene Forderung nach ausreichender Finanzierung der Studienplätze. Im Zuge der anstehenden Fortschreibung der Hochschulvereinbarung muss eine aufgabengerechte Finanzausstattung aller Hochschulen im Sachsen garantiert werden.

*„Die Hochschulen können nur bessere Studienbedingungen schaffen, wenn ihre chronische Unterfinanzierung endlich beendet wird. Hier sind vor allem die Landesregierungen, aber auch der Bund in der Pflicht, endlich konsequent zu handeln. Die Hochschulfinanzierung muss dauerhaft und solide planbar gesichert werden. Wer wirklich - wie von vielen Seiten als Ziel benannt - die Zahl der Studierenden erhöhen will, kann nicht ernsthaft die Lösung in der Erhebung von Studiengebühren sehen. Die HRK muss ihre befürwortende Haltung hierzu umgehend revidieren“, fordert die GEW-Landesvorsitzende.*

Die GEW lehnt Studiengebühren jeglicher Art, auch „Langzeitstudiengebühren“, ab und fordert eine deutliche Verbesserung der Hochschulfinanzierung.

Nachfragen möglich unter 0341 – 4947 412 (Frau Gerold)  
Siehe auch: [www.gew.de](http://www.gew.de)